

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Bräuhäuserstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 274

Freitag, den 21. November 1924.

48. Jahrgang

Unterstützt die Aufwertungsfreunde.

Berlin, 18. November. Der Vorstand des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverbandes für das Deutsche Reich (Sparerbund) übermittelt der „Deutschnationalen Parteikorrespondenz“ folgenden Beschlüsse:

„In der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Beirat am 6. November 1924 in Berlin wurden für die Reichstagswahlen folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Gründung einer eigenen Partei liegt zurzeit weder im Interesse des Vaterlandes, noch in dem unseres Verbandes. Die Durchführung der Organisation unseres Verbandes wird trotzdem mit allem Nachdruck weiter betrieben werden.

2. Vorstand und Beirat empfehlen den Landesverbänden die Unterstützung folgender Parteien: Deutschnationale Volkspartei, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Zentrumspartei, da diese drei Parteien sachlich befriedigende Antworten auf unsere Fragen gegeben und uns bündig versprochen haben, führende Männer unseres Verbandes an sicherer Stelle auf die Reichswahllisten bzw. auf verschiedene Kreiswahllisten zu stellen. Derartige bindende Zusicherungen sind bisher von anderen Parteien nicht gegeben worden. Im Rahmen vorstehender Empfehlung ist in jedem Wahlkreisverband in erster Linie diejenige Partei zu unterstützen, die in ihrem Bezirk Mitglieder unseres Verbandes an führender Stelle als Kandidaten aufstellt. In zweiter Reihe diejenige Partei, deren Wahlkandidaten bekannte und bewährte Aufwertungsfreunde sind. Für die Landesverbände und Ortsgruppen dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß im Verlauf der Beratungen das Reichskabinett durch den beauftragten Reichspostminister Dr. Höfle dem Verband folgendes mitteilen läßt:

1. Für das Reichskabinett ist durch die Annahme des Londoner Paktes und durch die Unterbringung der Anleihe eine vollkommen neue Situation geschaffen, durch die die wirtschaftliche Lage des Reiches und der Länder maßgebend beeinflusst wird.

2. Das Reichskabinett ist daher entschlossen, über die Vorlage des Reichsfinanzministers im Aufwertungsausschuß des Reichstages hinauszugehen.

3. Entwürfe des Arbeitsministeriums und des Reichsfinanzministeriums sind in Vorbereitung und werden dem Kabinett demnächst vorgelegt, über die der neue Reichstag zu beschließen haben wird.“

Wir bitten unsere Landesverbände und Ortsgruppen, den oben erwähnten Beschlüssen Folge zu leisten und sie mit allen Kräften zu unterstützen. Das Interesse unserer Mitglieder würde auf das schwerste geschädigt werden, wenn einzelne Gruppen nicht Disziplin hielten und in Sonderbestrebungen die Stokkraft unserer Bewegung zersplittern.

Der Vorstand:
gez. Seiffert, Brenneisen, Meißner.
Der Beirat:
gez. Dr. Best und Dr. Göbel.

Hierzu bemerkt die „Deutschnationale Parteikorrespondenz“: Dr. Best vom Beirat des Verbandes steht an aussichtsreichster Stelle der Reichsliste der Deutschnationalen Volkspartei. Die Entwürfe des Arbeitsministeriums und des Finanzministeriums, über die der neue Reichstag zu beschließen haben wird, können am besten nach den Wünschen des Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverbandes beeinflusst werden, wenn gerade der vor trefflichste Kenner des ganzen Problems und Kämpfer der Sparer, Dr. Best, gewählt wird. Deshalb alle Stimmen des Verbandes der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationalen und die Beamtenbesoldung.

Bekanntlich ist die Erhöhung der Beamtenbesoldung, die am 1. Juni in Kraft getreten ist, von der Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung, die sie gegen den Willen der Deutschnationalen vom Reichstag erhalten hatte, festgesetzt. Die Deutschnationalen sind also nicht dafür verantwortlich, daß die Unterbeamten dabei sehr wenig erhielten; vielmehr sind die Mittelparteien und die Sozialdemokratie verantwortlich dafür. Am ehesten hätte noch die preussische Regierung, an deren Spitze die Sozialdemokrat en Bauer und Severing stehen, die damalige Regelung hindern können, sie hat es aber nicht getan.

Wenn die Reichsregierung nun bei der neuen Besoldungsregelung, die sie vor hat, alle Gruppen berücksichtigen will, so haben viele Deutschnationale ihre schweren Bedenken dagegen. Es muß um der Gerechtigkeit willen erst nachgeholt werden, was an den unteren Beamten versäumt worden ist. Als Maßstab für die jetzige Besoldung die Gehälter der Vorkriegszeit zu nehmen, geht nicht an, weil wir jetzt in einer Zeit der Armut und der Not leben. Die höheren Beamten, zu denen der

Schreiber dieser Zeilen gehört, müssen zufrieden sein, wenn sie haben, wonit sie bei bescheidenen Ansprüchen auskommen können. Mindestens von Gruppell an sollten sie diesmal keine Zulagen verlangen. Wir müssen uns selbstlos zeigen. Unser Volk kann nur gesunden, wenn wir, die wir das Glück hatten, eine höhere Ausbildung zu erfahren, Uneigennützigkeit zeigen. Gewiß werden viele von edler Pentart diesen Ausführungen zustimmen, gilt es doch die unheilvolle Klust in unserm Volksleben zu überbrücken.

Ehe wir etwas für uns fordern, wollen wir das Reich und die Staaten auch drängen, die Rentner besser zu versorgen. Kürzlich erfuhr ich von einem Ehepaar, das 1914 sein Geschäft verkauft, das Geld dann in Kriegsanleihe angelegt und alles verloren hat. Es empfing in Jahresfrist 288 Mark Rentnerhilfe und konnte nur ganz wenig zuberdingen. Von einem anderen Ehepaar weiß ich, daß es an Sozialrente und Zuschlägen alles in allem im Jahre 480 Mark erhält. In beiden Fällen ist Hilfe von Kindern nicht möglich. Das sind doch jammervolle Zustände. Müchlen recht viele Deutschnationale dafür eintreten, daß die vorhandenen öffentlichen Mittel zunächst einmal für den Rentner und die Unterbeamten verwandt werden! „Gerechtigkeit erhöht ein Volk!“

Dietrich Blankenburg.

Ein Jahr Gefängnis für Nathusius!

Lille, 20. November. Die Verhandlungen gegen den General von Nathusius finden auf der Zitabelle der Festung Lille statt, deren Zugang militärisch besetzt ist. Pünktlich um 1,30 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Sitzung. Nach Feststellung der Personalien gibt der Anklagevertreter bekannt, daß General von Nathusius am 12. Mai 1921 in Abwesenheit vom Kriegsgericht in Lille zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und daß der vom General von Nathusius eingeleitete Einspruch rechtzeitig erfolgt ist. General von Nathusius erklärt, daß er unschuldig sei. Nach Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende, daß der Einspruch angenommen worden sei und sofort in die Verhandlung eingetreten werde.

Die Sitzung wird nach kurzer Unterbrechung erneut aufgenommen und General von Nathusius wieder vorgeführt. Es werden die Belastungszeugen, sowie die vom Verteidiger genannten 3 Entlastungszeugen aufgerufen und die Anklageschrift verlesen.

Danach beruht die Anklage auf Feststellung der Dienftboten (!) des Fabrikanten Motte aus Roubaix, in dessen Haus der General einquartiert war. Motte war abwesend und hat noch dem Waffenstillstande, als er nach Roubaix zurückkehrte, ein Verzeichnis aller derjenigen Gegenstände aufgenommen, die in seinem Hause fehlten. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Generals von Nathusius in Koblenz, die 1920 erfolgte, verlief erfolglos. von Nathusius erklärte, daß er unschuldig sei und die meisten Gegenstände, die abhanden gekommen sein sollen, nicht einmal gesehen habe. Er erklärte, daß er keine Ahnung von all den aufgeführten Gegenständen gehabt habe, die abhanden gekommen sein sollen. Er habe aus Frankreich nichts nach Hause gebracht. In einer Mansarde habe er einmal zerbrochene Gegenstände gesehen und bei dieser Gelegenheit seinen Untergebenen anbefohlen, nichts aus dem Hause zu entfernen. Das Verhör dauerte kaum 15 Minuten. Als erster Belastungszeuge erscheint Fabrikant Motte aus Roubaix.

Kurz vor 5 Uhr waren sämtliche Belastungszeugen gehört. Nach den bisherigen Aussagen ist die Anklage so stark erschüttert, daß nicht mehr viel von ihr übrig zu bleiben scheint. Nathusius sitzt auf der Anklagebank, unterstützt von einem Dolmetscher. Die Verhandlung leitet der Chef der Gendarmenrie, Oberst Verstraete. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Nikolag, tritt den Belastungszeugen zum Teil mit großer Schärfe entgegen und weist ihnen Widersprüche in ihren Aussagen nach. Es kommt zu einigen Zwischenfällen, wobei der Vorsitzende mit anerkannter Unparteilichkeit eingreift und zu beschwerlichen verfuht. Der Schwerpunkt der Verhandlungen bildet die Aussage der Wirtschafterin, die betunden soll, daß Nathusius die von der Anklage aufgestellten Objekte, Mäntel, Kinderkleider, ein Kinderwagen, wie ein Tafelservice entwendet habe. Die Zeugin erklärte heute, von diesen Diebstählen nichts gesehen zu haben, jedoch habe sie die Verfertigung der Risten (!) an die Adresse des Generals beobachtet. Nathusius selber erklärte sich in allen Fällen unschuldig. Das Tafelservice sei von der deutschen Kommandantur für seine Abteilung requiriert worden. Von den anderen Gegenständen wisse er nichts. Ein Teppich sei auf seinem Zimmer, das er bewohnte, wegen Unsauberkeit weggebracht worden. Andere Gegenstände habe er nicht wegbrauchen lassen. Der Verteidiger erklärt nach Anhören der Belastungszeugen, daß der Vertreter der Anklage dieselbe nicht mehr aufrechterhalten könne. Nathusius folgte der Verhandlung mit sichtlich Erregung.

Das französische Militärgericht hat General von Nathusius des Diebstahls von Küchengeräten und eines Tafelservices im Werte von 500 Franken mit 6 gegen 1 Stimme schuldig gesprochen. Unter Verweigerung mildernder Umstände wurde der General zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt. Die Revision läuft drei Tage. Die anderen Fragen, die dem Gerichtshof vorgelegt waren, über den Diebstahl von Pelzen, Kleidungsstücken und Teppichen, wurden mit 4 gegen 3 Stimmen verneint.

Wer wollte das Rheinland aufgeben?

Berlin, 18. November. Der „Vorwärts“ hat bekanntlich kürzlich dem Reichsinnenminister Jarres vorgeworfen, er hätte zum Schluß des Ruhrkampfes das Rheinland preisgeben wollen, um auf diese Weise die Franzosen in den inneren Schwierigkeiten des besetzten Gebietes versaden zu lassen.

Demgegenüber bemerkt heute die offiziöse volksparteiliche „Zeit“: Der „Vorwärts“ zieht diese Frage offenbar heran, um daraus Wahlkapital zu schlagen. Das ist von ihm außerordentlich unvorsichtig, denn jeder, der die Dinge miterlebt hat, weiß ganz genau, daß die Vorwürfe, die gegen Dr. Jarres herabgeholt werden, viel wichtiger eine andere Stelle treffen. Der Mann, der das Rheinland preisgeben und nichts mehr für es tun wollte, der also am entschiedensten für die sogenannte Versachungspolitik eintrat, saß in der preussischen Regierung. Es ist Herr Otto Braun. Damals und heute noch preussischer Ministerpräsident. Vielleicht zieht der „Vorwärts“ bei diesem, seinem Parteigenossen, einmal Erfundungen ein und schreibt dann einen neuen Artikel über das „Safardspiel mit dem Rhein“, wobei er dann die Rolle des Herrn Otto Braun gebührend beleuchten kann.

Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß der „Vorwärts“ dieser Aufforderung nicht nachkommen wird.

Aus Severings Reich.

Berlin, 20. November. Wie wir erfahren, wurde heute nachmittag von neuem auf direkte Anweisung des preussischen Innenministeriums in den Räumen der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei in der Bernburger Straße eine Hausdurchsuchung vorgenommen und ein Wahlplakat harnloser Art beschlagnahmt. Das Plakat zeigt lediglich das Hochziehen der schwarzweißroten und das Sinken einer schwarzrotgelben Flagge.

Wenn Severing gegen derartige Harmlosigkeiten mit staatlichen Machtmitteln einschreitet, scheint er die Absicht zu haben, die Deutschnationalen im Wahlkampf möglichst durch Ausnutzung der ihm zur Verfügung stehenden Staatsgewalt zu behindern.

Die Reichsbanner-Leute benutzten den von den nicht-marxistischen Parteien vereinbarten Vorkampftag dazu, die Straßenpropaganda für die Wahl an einem Tage zu eröffnen, an dem sie vor einer Gegenagitation sicher waren. In Lastautos mit schwarzrotgelben Fahnen durchzogen sie, Flugzettel um sich werfend und lärmend und schreiend, die Straßen. Herr Severing und Polizeipräsident Richter aber sahen die Feiertagsruhe nirgendes gestört...

Die Potsdamer Kriegervereine wollten am Totensonntag eine Totenfeier in Form eines Feldgottesdienstes abhalten. Die nachgesuchte Genehmigung ist von Herrn Severing ohne weiteres abgelehnt worden, obwohl man auf einen geschlossenen An- und Abmarsch mit entrollten Fahnen schon von vornverein verzichtet und die Genehmigung hierfür erst gar nicht nachgesucht hatte. — Ein neues Schlaglicht auf die „unparteiliche“ Behandlung aller Staatsbürger durch Severing, der den jede politische Kundgebung ablehnenden Kriegervereinen die Abhaltung eines Feldgottesdienstes verbietet, das schwarzrotgelbe Reichsbanner dagegen bei seinen Straßenumzügen durch Polizei schützt.

„Ein hoher Schacht braucht sehr viel Kies.“

Unser neuer Reichsbankpräsident, der bekanntlich in den letzten Monaten sehr viel in der Welt herumgereist ist, hat kürzlich endlich einmal die Zeit gefunden, sich seiner Beamtenerschaft vorzustellen. Aus diesem Anlaß hat er eine Rede gehalten, in der er betonte, daß er keine Juden und keine Christen kenne, sondern nur Deutsche. Wir kennen diese Redensarten; dienen sie auch in diesem Falle nur dazu, um die interessanten Tatsachen zu bemänteln, daß Herr Dr. Schacht den ersten Juden als seinen persönlichen Adjutanten in die Reichsbank hin-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Reichs- und Landtagswahl.

- a) Wahlausweise werden noch bis zum 5. Dezember d. J. ausgegeben. Bemerkenswert ist, daß es nicht erforderlich ist, daß jeder Wähler einen Wahlausweis zur Ausübung seines Wahlrechts hat. Er dient lediglich zur schnelleren Abfertigung bei der Wahl, da auf ihm die Nummer, unter der der Wähler in der Wahlliste eingetragen ist, vermerkt ist.
- b) Einen Wahlschein erhält auf Antrag ein Wähler, der in eine Wählerliste eingetragen ist,
- wenn er sich am Wahltage während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,
 - wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist d. i. der 22. November d. J. seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verleiht.
- Inhaber von Wahlscheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen.
- Stolz, den 20. November 1924
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Herr Ackerhofbesitzer Hugo Wichmann ist als Bezirksvorsteher und Herr Stellmachermeister Karl Heidel als stellvertretender Bezirksvorsteher für den 12. Bezirk verpflichtet worden.

Stolz, den 18. November 1924.
Der Magistrat.

Oratorien-Verein.

Totensonntag, den 23. November, 8 1/4 Uhr, in der Marienkirche:

Athalia

von Mendelssohn.

Solisten: Das Berliner Vokal-Terzett: Margarethe Strunt, Margarete Koll, Elisabeth Böhm.

Rezitation: Mittelschulrektor Hansen.

Orchester: Kapelle ehem. Militärmusiker u. Trompeter-Korps des Reiter-Reg. 5.

Leitung: Studienrat Kgl. Musikdirektor Boenig.

Karten zu 2.50 Mk. u. 1.50 Mk. in der Musikalienhandlung Felix Albrecht, bei den Vereinsmitgliedern und an der Abendkasse. Letzte 20 Pfg.

Zu der **Generalprobe** (Sonnabend 8 Uhr) Karten a 1 Mk. nur im Turm.

Reinertrag für hiesige Notleidende.

Stadttheater

Tel. 419 Direktion: Hans Schneider. Tel. 419

Bedeutend abgebaute Preise.

Freitag 7 1/2 Uhr: Der große Erfolg

„Die Frau ohne Kuß“

Operette in 3 Akten von W. Kollo.

Sonntag 7 Uhr: Einzige Aufführung

„Der Strom“

Drama in 3 Akten von Max Halbe.

Montag: Geschlossen.

Dienstag: „Die Frau ohne Kuß.“

Donnerstag: Bo Espritellina „Frasquita“.

Freitag „Wildschütz“, kom. Oper

Das praktischste Weihnachtsgeschenk ist ein warmes Kleidungsstück. Dieses bekommen Sie zu billigen Preisen in

Lutters Etagegeschäft

Friedrichstraße 6
Erstes christliches Etagegeschäft am Platz.

15—20 Stunden Licht Batterien

Ebenfalls führe die kleine Stablampe für Damen und Herren praktisch im Gebrauch. Dazu gehören Batterien ständig am Lager.

Fritz Siebert
Paradiesstraße 5.

Verhältnis

Sür 1 Reichsmk. erhalte ich 10 E.

Fuel	Wärme-Einheiten	Preis 1000 W. E.
Anth. Briq.	4760	Mk. 1,85
Stein-kohl.	3940	Mk. 1,95
Briq.	3340	Mk. 1,55
K. Torf	2970	Mk. 0,84

Wärme-Einh. Kosten

Anthracit-Lochbrikett 7100 Mk. 1,85 26 Pfg.
Steinkohlen 6500 Mk. 1,95 30 Pfg.
Brikett 4600 Mk. 1,55 34 Pfg.
Kammerziner Preßtorf 4000 Mk. 0,84 21 Pfg.

Karl-Henning Pieper Hospitalstraße 20
Fernruf 1093/94. Brennmaterial-Handel.

Montageapparate
Werkstattapparate
Schweißbrenner
Schneidbrenner
u. Zubehör
Stahlzylinder
Dauerstoffe
Lieferung ab Lager

ARNO SCHULZ STULP P.

Grikner-Nähmaschinen

sticken, stopfen, nähen vor- und rückwärts.
Ueber 3 Millionen im Gebrauch
5 Jahre Garantie

Bequeme Zahlungsvereicherungen. — Bei Barzahlung höchster Rabatt.

Paul Lange, Mittelstr. 46.
Reparaturen unter Garantie sehr preiswert.
Kataloge gratis und franko.

Hypotheken

auf städtischen, ländlichen u. industriellen Grundbesitz sowie Darlehen und Betriebskapital gegen jede Art von wirklichen Sicherheiten schnellstens und zuverlässig zu zeitgemäß günstigen Bedingungen

Vereinigung Deutscher Privatkapitalisten
Berlin W 612 Kürfürstendamm 14/15

Metallbetten

Stahlmatrassen, Kinderbetten dir. an Priv., Katal. 91 L frei, Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.).

In- u. Auslandsdeutsche Grundbesitz

Bahn- und Geschäftshäuser, Fabriken, Gasthöfe, Mühlen, Villen, Güter usw. evtl. auch ohne Wohnung bei Barzahlung Nur Besitzerangebote u. w. Hypothek- und Kapitalgefuche an **Ernst Rosenberg**, Hamburg 24

Getragene Damen- und Herren-Hüte

werden nach den neuesten Formen bei billigster Preisberechnung und kürzester Lieferfrist umgeprägt und modernisiert

Annahmestelle Langestr. 58/59 bei Fr. Meta Schmalz.

Hutpresserei G. Kayke.

Tägl. 10 M. bis
Näheres im Prospekt.
Verlag Emil Streppel & Co. Köln-Chrenfeld.

Gutsmühle Groß-Ganssen stellt ab 1. Dezember
24 Gesellen ein.

Bewerbungen sind zu richten an **Gutsverwaltung Groß-Ganssen Kr. Stolp.**

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.
Totenfest.
(Kirche geheißt.)
Vorm. 10 Uhr Predigt
Pastor Böttke
Danach Beichte u. Feier des hl. Abendmahls. Derfelbe.
Kollekte für Hinterbliebene der im Kriege Gefallenen.
1—2 Uhr Spargeldannahme in der Mittelschule
Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche
Pastor Lic. Steffen.
2 Uhr desgl. im Evangelisationsaal. Pastor Nobiling
2 3/4 Uhr Taufen in der Saalkirche.
Nachm. 5 Uhr Predigt: Pastor Lic. Steffen.
Danach Beichte u. Abendmahlsfeier.
3 Uhr Andacht auf dem Friedhof:
Pastor Spittel.
Begräbniswoche:
Pastor Lic. Steffen.
Trauungen:
Superintendent Witte.
Taufen und Kommunionen:
Pastor Spittel.

Evangelisationsaal (Arnoldstraße).
Montag, den 23. 11. um 7 1/2 Uhr Gottesdienst:
Pastor Steffen.
Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr Jugendbundstunde u. abends 8 1/4 Uhr Versammlung.
Jeden Montag 8 1/4 Uhr Abds. Bibelbesprechstunde.
Mittwoch 8 1/4 Uhr Abds. Jugendbundstunde.
Donnerstag 8 1/4 Uhr Abds. Gebetsstunde der landeskirchlichen Gemeinschaft.
Coang. Jünglingsverein.
Sonntag, den 2. 11. 1924 nachm. 5 Uhr Versammlung

Schloßkirche St. Johann.
10 Uhr vorm. Gottesdienst und Abendmahlsfeier.
Kollekte Rationalhilfe für Hinterbliebene.
Pastor Nobiling.
Schloßgemeinde.
Nachmittags 4 1/2 Uhr Gottesdienst und Abendmahlsfeier.
Kollekte für die Nationalstiftung der Kriegswesenshinterbliebenen.
Pastor Rathke.

St. Petri.
Totenfest.
(Kirche geheißt.)
Vorm. 10 Uhr Predigt
Danach Beichte und Feier des hl. Abendmahls.
Superintendent Plathe.
Nachm. 3. Abendmahlsfeier.
Pastor Lamberg.
Abends 7 Uhr Gottesdienst in Gutzmühl.
Superintendent Plathe.
Kollekte für die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.
Beerdigungen:
Superintendent Plathe.
Trauungen:
Pastor Lamberg.
Friedenskapelle.
Gem. gläub. get. Christen.
Töpferstadt — Ecke Börne.
Vorm. 9 1/2 Uhr Bibelstunde.
Vorm. 11 Uhr Sonntagsschule.
Nachm. 4 Uhr Predigt:
Abends 6 Uhr Jugendverein.
Donnerstag Abends 8 Uhr Gebetsstunde.
Pred. Koppitz